



Mediencommuniqué vom 13. Februar 2014

3011 Zeichen (Gesamttext), 690 Zeichen (Lead)

Liga der Baselbieter Steuerzahler zur Gemeindeinitiative

Die Vernunft des Landrats ist gefragt

Liestal. Heute Donnerstag entscheidet der Baselbieter Landrat über den Gegenvorschlag des Regierungsrats zur Gemeindeinitiative. Die Liga der Baselbieter Steuerzahler kritisiert die Vorlage der Finanzkommission (Fiko), die dem Kanton im Vergleich zum regierungsrätlichen Gegenvorschlag zusätzliche 200 Millionen Franken aufbürden will. Die Fiko hat diesen Vorschlag auf Druck der von 28 Gemeinden lancierten und völlig überrissenen Gemeindeinitiative gemacht. Die Liga der Baselbieter Steuerzahler fordert den Landrat auf, sich nicht von den Initianten unter Druck setzen zu lassen, den Vorschlag der Fiko abzulehnen und stattdessen auf den Gegenvorschlag des Regierungsrats zurückzukommen.

Die von 28 Gemeinden lancierte Gemeindeinitiative verlangt, dass der Kanton die Schuld aller der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) angeschlossenen Arbeitgeber von 872,7 Millionen Franken übernehmen muss. Dieser Betrag müsste der Kanton zusätzlich zu den 1'352,4 Millionen Franken aus der vom Volk am 22. September 2013 angenommenen Vorlage zur Sanierung der BLPK tragen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nach dem Vorschlag der Initianten die Verantwortung für die fehlenden Rückstellungen einzelner Gemeinden und von weiteren angeschlossenen Arbeitgebern übernehmen – unabhängig davon, ob ihre eigene Gemeinde die Hausaufgaben gemacht hat oder nicht. Das ist nicht akzeptabel.

Der Regierungsrat verabschiedete einen nachvollziehbaren Gegenvorschlag zur Gemeindeinitiative. Dieser bietet allen betroffenen Arbeitgebern ein Pooling an, damit sie gemeinsam günstiger Geld am Markt aufnehmen können. Damit löst der Regierungsrat sein Versprechen ein, die der BLPK angeschlossenen Arbeitgeber und damit insbesondere die Gemeinden bei der Lösungssuche für die Pensionskassen-Sanierung zu unterstützen. Weiter enthält der Gegenvorschlag eine Erfüllungsgarantie des Kantons gegenüber der BLPK sowie die Übernahme der Deckungslücke der Musikschullehrer mit Kosten von 58,6 Millionen Franken.

Dass die Finanzkommission (Fiko) den Gegenvorschlag des Regierungsrats auf 276 Millionen Franken aufstocken möchte, kritisiert die Liga vehement. Mit dem Vorschlag der Fiko soll der Kanton die Deckungslücke aller kommunalen Lehrpersonen von insgesamt 243 Millionen Franken ausfinanzieren und zusätzlich die Besitzstandsregelung von 33,5 Millionen Franken übernehmen. Der Kanton wird damit mit weiteren 200 Millionen Franken belastet, die er dringend für andere Aufgaben benötigt und für welche die Gemeinden verantwortlich sind. Wie diese Lösung zusätzlich zur bereits bestehenden Schuld des Kantons gegenüber der BLPK finanziert werden soll, ist unklar.

Die Liga der Baselbieter Steuerzahler ruft den Landrat zur Vernunft auf. Sie fordert das Parlament auf, sich nicht von den Initianten unter Druck setzen zu lassen, den Vorschlag der Fiko abzulehnen und stattdessen auf den Gegenvorschlag des Regierungsrats zurückzukommen.

Kontakt:

Gilbert Hammel, Präsident der Liga der Baselbieter Steuerzahler
Tel. 061 926 83 83